Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1700. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei öfterm. Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramme-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 149. | Dresden, Montag den 1. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Die Not der Türkei.

Der Steuerdruck und die Hochfinanz.

Aus Konstantinopel schreibt uns Pardus:

Ein türkischer Politiker, der in den ersten Tagen nach der Revolution als Beamter nach Tripolitanien ging und in dieser Eigenschaft sich mit der Bevölkerung über die Notwendigkeit, Steuern zu zahlen, auseinanderzusetzen hatte, erzählte mir von den Schwierigkeiten, auf die er dabei stieß. „Wir haben jetzt die Freiheit — erklärten die Leute —, folglich brauchen wir keine Steuern zu zahlen.“ Mein Gewährsmann bemühte sich, klarzulegen, daß unter Freiheit politische Freiheit zu verstehen sei, daß aber auch ein konstitutioneller Staat ohne Steuern nicht bestehen könne. „Politische Freiheit, was heißt das? Das ist eben, daß man keine Steuern mehr zu zahlen braucht.“ — „Politische Freiheit, das ist zum Beispiel, daß ihr euch frei versammeln könnt, daß ihr Vereine bilden könnt.“ — „Aber wir versammeln uns ja jeden Tag, wenn wir wollen. Das haben wir immer so gemacht. Wer soll uns da im Wege stehen? Nein, so kann es nicht gemeint sein. Ihr betrügt uns. Freiheit bedeutet Befreiung von den Steuern.“

In der Wüste gibt es keine Polizei. Die politische Freiheit erscheint dem Araber selbstverständlich, wie die Luft, die er atmet, das Sonnenlicht, von dem er sich überfluten läßt. Der Sohn der Wüste kann sich nicht vorstellen, daß man wegen solcher selbstverständlicher Dinge große Kämpfe auszukämpfen hätte. Vom Staat kennt er bloß die Steuern und den Rekrutendienst. Also konnte in seinen Augen die Revolution, dieser Kampf gegen den Staat, nichts anderes bedeuten als die Befreiung von diesen Lasten.

Dieselbe Auffassung herrscht im Jemen und in Mesopotamien, ähnlich — in Albanien.

Nun ist aber der Steuerdruck tatsächlich so groß, daß ihn die Bevölkerung nicht mehr ertragen kann. Das bildet den vulkanischen Boden, dem alle Aufstände und Erhebungen entspringen.

Das sind aber zugleich Dinge, die unabhängig sind davon, ob die türkische Herrschaft in diesem Lande aufrechterhalten wird, oder die Türken aus dem Lande verjagt werden, ob an ihre Stelle die Griechen treten, oder eine internationale Verwaltung etabliert wird.

Wenn Europa seine Hand auf dieses Wespennest legt, so wird es nur durch Gewalt herrschen können. Der Steuerdruck wird sicher nicht vermindert werden, er wird vielmehr steigen. Die Unzufriedenheit wird größer sein denn je, und sie wird sich allgemein gegen die europäische Herrschaft kehren, wie seinerzeit gegen die Herrschaft Abdul Hamids. Durch einen weiverzweigten Polizeidienst, durch gedrillte Armeen wird das kapitalistische Europa allerdings der Aufstände Herr werden können, beliebt wird es sich aber dadurch nicht machen.

Die einzige Rettung dieses Landes liegt in der Demokratie.

Was nun den Steuerdruck anbetrifft, so hat das kapitalistische Europa am meisten dazu beigetragen, diesen zu steigern, indem es die Türkei in eine Staatsschuld verwickelte. Die türkische Staatsschuld entstand nach dem Krimkriege. Ein wahrer Taumel in türkischen Werten bildete sich damals auf der europäischen Börse. Denn der türkische Staat zahlte 10 und 11 und selbst 13 Prozent! Alle Welt kaufte Türkenwerte — die Krämer in Paris ebenso eifrig wie die Geistlichen in Rom. Da aber die Türkei durch die ungeheuren Prozentsätze ausgewuchert wurde, so war der Krach unvermeidlich. Dies trat denn auch 1876 ein. Der türkische Staat stellte seine Zahlungen ein. Die Situation war damals so, daß die Türkei 13 Millionen türkische Pfund jährlich für die Staatsschuld zu zahlen hatte, während die gesamten Einnahmen des Staates nur 18 Millionen betrugen. Darauf kam der russisch-türkische Krieg und nach dem Krieg die Regelung der Schuld, die in endgültiger Form 1881 stattfand. Die Staatsschuld, die nominell 237 Millionen türkische Pfund betrug, wurde auf 141 Millionen heruntergesetzt. Es ist schon daraus zu ersehen, wie exorbitant vorher die Forderungen waren. Wenn man berechnet, was die Türkei seit 1858 an Zinsen und Amortisation zahlte, so wird der Geldbetrag, den sie in Wirklichkeit erhalten hatte, so ziemlich abgetragen. Nichtsdestoweniger blieb eine Schuld von 141 Millionen türkische Pfund stehen. Die Hauptsache aber war, daß von da an die wichtigsten türkischen Staatseinnahmen sich in internationaler Verwaltung befinden und die Türkei diese Steuern ohne die Zustimmung der Großmächte nicht mehr ändern kann.

Gegenwärtig hat die Türkei für die Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld rund 7 Millionen türkische Pfund jährlich zu zahlen. Außerdem trägt sie die Verwaltungskosten der internationalen Schuldenverwaltung, die über 700 000 türkische Pfund betragen. Die Verwaltungskosten des Finanzministeriums betragen 1½ Millionen, die Zollverwaltung kostet außerdem eine halbe Million türkische Pfund. Rechnet man das alles zusammen und rechnet man noch dazu die Pensionen, die der Staat an die Beamten und das Militär zu zahlen hat, so gehen starke 40 Prozent von den Staatseinnahmen weg, so daß kaum drei Fünftel der Staatseinnahmen für die Staatsverwaltung nebst Armee verwertet werden können.

Die daraus sich ergebende Geldnot wird noch dadurch verschärft, daß die europäische Hochfinanz sich zielbewußt einem rationellen Ausbau des türkischen Steuersystems, vor allem der Einführung einer modernen Einkommensteuer und der Aufhebung der Steuerfreiheit der Ausländer, entgegensetzt.

Die europäischen Großbanken, die hier Millionenumsätze machen, zahlen keinen Pfennig Steuern. Die großen Warenhäuser, die von Ausländern errichtet wurden, zahlen keine Steuern. Ausländische Geschäftsleute, ausländische Hausbesitzer, denen große Häuserkomplexe in Konstantinopel gehören, zahlen keine Steuern. Neben ihnen sind die inländischen Banken und Großkaufleute, die eine lächerlich geringe Steuer zu entrichten haben. Die Kleingewerbetreibenden und die Arbeiter in den Städten und vor allem die Bauern auf dem Lande, sie sind es, die die ganze Steuerlast zu tragen haben. Um so stärker empfinden sie den Steuerdruck.

Die Volksmassen zahlen ihr letztes, der Staat hat aber kaum so viel, um die Armee zu bezahlen, ganz zu schweigen von Kulturaufgaben, denn die europäische Hochfinanz schluckt einen großen Teil der Staatseinnahmen, und diese Hochfinanz ist es wiederum, die diesen Zustand zu verewigen sucht.

* * *

Die albanesischen Schwierigkeiten.

Salonik, 30. Juni. Die letzten 24 Stunden sind in Monastir ruhig verlaufen. Die Offiziere der Garnison verhalten sich zuwartend. Die nach dem Lager der Meuterer in der Nähe des Presbasees abgegangene Offiziersordonnanz, welche versuchen will, dieselben auf gütlichem Wege unter Zusicherung der Straflosigkeit nach Monastir zurückzuführen, ist noch nicht zurückgekehrt, worüber Unruhe herrscht. Von Konstantinopel ist ein Spezialzug mit 700 auserlesenen Offizieren und Soldaten, Anhängern des Komitees, hier eingetroffen. Weitere drei Separatzüge sollen folgen. Die Truppen gehen sofort nach Monastir ab. Der Kommandeur hat freie Hand, in einer ihm geeignet scheinenden Weise gegen die Meuterer vorzugehen.

Konstantinopel, 29. Juni. In dem der Kammer unterbreiteten Gesetzentwurfe sind wie gegen die Offiziere auch gegen die Unteroffiziere und Soldaten, welche an Versammlungen und Kundgebungen teilnehmen oder politischen Parteien angehören, Strafen vorgesehen. Nach der Kammersitzung hielt die jungtürkische Partei eine geheime Versammlung ab. Der Minister des Innern machte Mitteilung über die Vorfälle in Monastir und über die Forderungen der desertierten albanischen Offiziere, welche den Charakter albanesischer Nationalforderungen tragen.

Konstantinopel, 30. Juni. Trotz warmer Befürwortung verschiedener Minister, die der gestrigen Sitzung beiwohnten, hat der Senat die vom Großwesir telegraphisch geforderte Dringlichkeit für die Beratung der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zur Stärkung der Zentralgewalt abgelehnt.

*

Konstantinopel, 30. Juni. Wie in militärischen Kreisen erzählt wird, forderte die Regierung Abdullah Pascha, welcher im Vilajet Aidin (Kleinasien) über 120 Bataillone verfügt, auf, 30 000 Mann umgehend mit der Bahn nach Konstantinopel zu entsenden, von wo sie zur Bekämpfung der Militärrevolte nach Albanien geschickt werden sollten. Abdullah antwortete jedoch telegraphisch, er könne die gewünschten Truppen nicht senden da er seinen Offizieren habe schwören müssen, daß er im Kampf gegen die Albanesen und die in Albanien revoltierenden Truppen die Regierung nicht unterstützen werde. Abdullah soll daraufhin abberufen und an seiner Stelle der frühere Polizeiminister Ali Pascha als Oberkommandant von Aidin bestellt worden sein.

Türkische Angriffe.

Rom, 30. Juni. Die Agenzia Stefani meldet aus Mesurata vom 29. Juni, daß eine Eskadron Kavallerie bei einer Rekognoszierung im Süden der Oase Mesurata auf feindliche Kavallerie- und Infanterietruppen stieß, die durch ein kurzes Artilleriefeuer in ihre besetzten Stellungen zurückgetrieben wurden. — Aus Hone wird der Agenzia Stefani gemeldet, daß in der Nacht vom 28. zum 29. Juni eine Redoute bei Merghed von Arabern angegriffen wurde, die jedoch durch Gewehrfeuer in die Flucht geschlagen wurde und ihre Verwundeten mit sich nahm. Ein Araber wurde gefangen genommen. Die Italiener hatten keine Verluste. Auch gegen das Fort Lombardia bei Derna wurden am 28. Juni mehrfache Angriffe unternommen, und am 28. Juni früh kam es zu mehrfachen Gefechten zwischen den vorgeschobenen italienischen Posten und dem Feinde, der zurückgeschlagen wurde. Die Italiener hatten keine Verluste. — Aus Tripolis wird von gestern gemeldet: Luftschiffe und Flugzeuge stellten fest, daß die Lage im allgemeinen unverändert ist. Ein Luftschiff bombardierte mit sichtbarem Erfolge die Lager der Türken und Araber bei Fonduc el Tokar und Suani Ben Aden.

Die Italiener im Archipel.

Rom, 30. Juni. Wie der Corriere d'Italia mitteilt, beabsichtigt Italien auf den Inseln Rhodus und Chompalia Telegraphen und Telephone zu errichten. Auf Chompalia sei auch die Erbauung einer Eisenbahnlinie geplant und ferner die Errichtung einer Kohlenstation und zweier Stationen für drahtlose Telegraphie. Mehrere Dampfer mit den erforderlichen Materialien seien bereits abgegangen. Es sei das der beste Beweis dafür, daß Italien nicht an eine spätere Herausgabe dieser Inseln denke, sondern die Besitzergreifung als unwiderruflich betrachte.

Der württembergische Landtag.

Stuttgart, 29. Juni.

Der württembergische Landtag ist am Freitag „bis auf weiteres“ vertagt worden. Er wird im Oktober noch einmal zu einer oder zwei Sitzungen zusammentreten. Diese Einberufung im Herbst dient aber nur formalen Zwecken, die Tätigkeit des Landtages hat schon jetzt nach sechsjähriger Dauer ihren Abschluß gefunden. Im November und Dezember werden die Neuwahlen stattfinden und im Januar 1913 wird der neue Landtag seine Arbeiten mit der Beratung des Etats für 1913/14 beginnen.

Der Landtag 1907/12 war der erste nach Durchführung der Verfassungsreform von 1906, die die Entfernung der ritterschaftlichen und kirchlichen Privilegierten aus der Zweiten Kammer und die Ersetzung derselben durch 22 Proporzabgeordnete, zugleich aber auch eine Auffrischung der Ersten Kammer brachte. Durch das Aussterben standesherrlicher Familien im Laufe des letzten Jahrhunderts war die Mitgliederzahl des Oberhauses von 55 im Jahre 1819 auf 31 im Jahre 1906 zusammengeschmolzen, und wenn nicht unter diesen 31 sich 6 vom König ernannte hohe Staatsbeamte befunden hätten, so wären die erlauchten Herren oft nicht fähig gewesen, ihre Aufgaben auch nur formaliter zu erfüllen. Seit 1906 gehören nun der Ersten Kammer neben den Prinzen und den Häuptern der standesherrlichen Familien gewählte Vertreter des Kleinadels, die höchsten kirchlichen Würdenträger, Vertreter der Hochschulen, der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft an, und dieses „frische Blut“ bemüht sich nun eifrig, den Einfluß der Ersten Kammer auf die Arbeiten der Gesetzgebung zu vermehren. Natürlich bewegen sich die Korrekturen, die die bevorzugten Gesetzgeber an den Beschlüssen der Volkskammer vorzunehmen belieben, fast stets in reaktionärer Richtung. Noch in den letzten Wochen kam es aus diesem Anlaß bei verschiedenen Gelegenheiten zu heftigen Reibungen zwischen beiden Kammern, die schließlich durch Kompromisse beigelegt wurden, da es sich nicht um große, das Volk aufrüttelnde Streitfragen handelte. Die immer sich wiederholenden Versuche der Ersten Kammer, bei den mäßigsten Fortschritten noch zu bremsen, setzen sich aber fest im Gedächtnis der Volksmassen und wenn wieder einmal ein politischer Konflikt entsteht wie anläßlich des Volksschulgesetzes im Jahre 1904, so können die Herren einen Sturm erleben, in dem all der verhaltene Groll der demokratisch denkenden Wählerschichten sich Luft verschafft. Da alle bürgerlichen Parteien, selbst die Fortschrittliche Volkspartei, das Oberhaus als Rückendeckung im Kampfe mit der wachsenden Sozialdemokratie unangefochten lassen, bleibt es der Sozialdemokratie allein überlassen, den Kampf gegen den „entwürdigenden Aristokratismus“ zu führen, dem Ludwig Uhland schon vor fast 100 Jahren schärfste Fehde angekündigt hat.

Die Zweite Kammer, die während der letzten sechs Jahre zum ersten Mal eine reine Volkskammer war, hat die ängstlichen Befürchtungen der Reaktionäre, daß nun im Sturmschritt die ganze Gesetzgebung des Landes auf den Kopf gestellt und die „Massenherrschaft“ alle „staatliche Ordnung“ zerstören werde, ad absurdum geführt. Württemberg hat zwar das beste Landtagswahlrecht von allen deutschen Bundesstaaten, aber es weist bei weitem nicht die hochgradige industrielle Entwicklung auf wie etwa Sachsen; der prozentuale Anteil der Lohnarbeiterschaft an der Gesamtzahl der Bevölkerung steht hinter dem Reichsdurchschnitt nicht unerheblich zurück. Die langsame Entwicklung des unter ungünstigen Verkehrsbedingungen leidenden Landes hat zur Folge, daß die Masse des natürlichen Bevölkerungszuwachses abströmt und in anderen Gebieten des deutschen Reichs den Lebensunterhalt sucht. Daher hat die Sozialdemokratie keine sprunghaften Fortschritte zu verzeichnen. Immerhin hatten wir in dem bis zum Jahre 1906 sozialistenreinen Landtag bei den letzten allgemeinen Wahlen bereits 15 Sitze erobert, zu denen bei einer Ersatzwahl noch einer hinzugewonnen wurde. Die übrigen Parteien waren vertreten: das Zentrum durch 25, die Volkspartei durch 23, die konservativen Landwirtsbündler durch 15, die Nationalliberalen durch 13 Abgeordnete. Bei einer solchen Zusammensetzung wäre die Kammer auch dann noch gegen Ueberstürzungen gesichert, wenn die bürgerliche Demokratie nicht lediglich „Sr. Majestät allergetreueste Opposition“ wäre.

Fragen der großen Politik, bei denen die Klassengegensätze in vollem Umfang aufgerollt werden, beschäftigen den Landtag viel seltener als den Reichstag. Wenn aber die Interessen des Besitzes und der Arbeiterklasse im württembergischen Landtag aufeinanderprallten, standen natürlich alle bürgerlichen Parteien geschlossen unseren Genossen gegenüber. Nur sind die Formen des Kampfes meistens anständigere als in Parlamenten, die auf dem Klassen- oder Pluralwahlrecht beruhen. In der Debatte über die seinerzeit vom Staatsanzeiger aufgerollte Frage, ob die Regierung einen sozialdemokratischen Bürgermeister für Stuttgart bestätigen würde, ließen die Regierung und die „liberalen“ Parteien keinen Zweifel darüber, daß sie die Sozialdemokratie nicht mit dem Maßstab des gleichen Rechts messen wollen, aber sie bemühten sich doch eifrig, den Schein einer brutalen Unterdrückungspolitik zu vermeiden, zu der das Zentrum und die Rechte anreizten. Das hinderte unsere Genossen nicht, auszusprechen, daß auch die württembergische Regierung sich als ein Organ der Interessen der besitzenden und herrschenden Klasse erweise.

Die milderen Kampfesformen hängen zusammen mit der eigenartigen, 500jährigen Verfassungsgeschichte, mit der sozialen Schichtung des Landes und dem Volkscharakter, der nicht in dem Maße zur Absonderung der oberen Schichten geführt hat wie in Mittel- und Norddeutschland. Diese Umstände bringen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120701/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG